

Änderungsantrag

der Fraktion der SPD

zur Beschlußempfehlung des Petitionsausschusses (2. Ausschuß) **— Sammelübersicht 130 zu Petitionen —** **— Drucksache 11/5189 —**

Der Bundestag wolle beschließen,

die Petition 2-11-08-564-6856 der Bundesregierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

Bonn, den 4. Oktober 1989

Dr. Vogel und Fraktion

Begründung

Die Bürgerinitiative Büdingen, welche von 2 620 Bürgerinnen und Bürgern unterstützt wird, wendet sich gegen den Ausbau des US-Hubschrauberplatzes Büdingen und gegen die Stationierung von Hubschraubern.

Dieses Anliegen wird von der Fraktion der SPD unterstützt.

Die Bürgerinitiative hat in ihrer Petition dargelegt, daß die Stationierung bzw. die Wiederstationierung von Hubschraubern auf dem Gelände in Büdingen zu einer unzumutbaren Belästigung und Beeinträchtigung der dort lebenden Bevölkerung führen wird. Auf Beschluß des Ausschusses vom 3. Februar 1988 fand am 7. Oktober 1988 eine Ortsbesichtigung statt. Hierbei konnten sich die Berichterstatter von den Argumenten der Bürgerinitiative überzeugen. Die anwesenden Vertreter der US-Armee wiesen darauf hin, daß vor Wiederinbetriebnahme des Hubschrauberplatzes erhebliche Baumaßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur vorgesehen seien. Bevor der Deutsche Bundestag über die Petition endgültig beschließen konnte, nämlich am gleichen Tage der Ortsbesichtigung, haben die Amerikaner der örtlichen Presse die Rückkehr der 21 abgezogenen Hubschrauber angekündigt. Der Petitionsausschuß hat durch seinen Vorsitzenden daraufhin beim Bundesminister der Finanzen einen Stopp der geplanten Baumaßnahmen veranlaßt. Aufgrund von Schreiben des Büdinger Bürgermeisters, des Leiters der hessischen Staats-

kanzlei und des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister der Verteidigung hat nun der Petitionsausschuß am 14. September die Angelegenheit beraten und den Beschluß gefaßt, die Petition der Bundesregierung – dem BMF und BMVg – als Material zu überweisen. Nach dem Mehrheitswillen des Ausschusses soll hiermit auch der Baustopp aufgehoben werden.

Die von der Mehrheit des Ausschusses beabsichtigte Erledigung der Petition wird den vorgetragenen Argumenten der Bürgerinitiative Büdingen nicht gerecht. Durch den Ausbau des US-Hubschrauberplatzes und die bereits durchgeführte Stationierung ist genau das eingetreten und jetzt durch den Beschluß auch sanktioniert, was die Bürgerinitiative verhindern wollte. Es ist außerdem zu befürchten, daß nach dem Ausbau der Infrastruktur des Militärhubschrauberplatzes noch weitere Hubschrauber stationiert werden. Aufgrund der jetzt schon festzustellenden erheblichen Belästigungen und Gefährdungen der Bürgerinnen und Bürger von Büdingen und der anliegenden Gemeinden sowie aus ökologischen Gründen kann dieser Hubschrauberplatz und die Stationierung von Hubschraubern nicht geduldet werden. Die Petition soll der Bundesregierung zur Berücksichtigung überwiesen werden mit dem Ziel, die Stationierung der Hubschrauber rückgängig zu machen und die geplanten Baumaßnahmen nicht durchzuführen.